

Datum:

Antrag

auf Genehmigung im Einzelfall gemäß § 22 Absatz 2
Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) für die Anwendung eines
zugelassenen Pflanzenschutzmittels in einem anderen als
den mit der Zulassung festgesetzten
Anwendungsgebieten

1. Antragsteller*

Name, Vorname:

Straße Nr.

PLZ, Ort:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

2. Beantragte Anwendung

2.1 Anwendungsgebiet

Pflanzenart, Pflanzenerzeugnis, Objekt:

Schadorganismus, Zweckbestimmung

2.2 Pflanzenschutzmittel

Name

Zulassungsnummer

2.3 Angaben zur Anwendung (erforderlich zur Rückstandsabschätzung)

Anbau im Freiland*

Anbau im Gewächshaus*

Anbaufläche in ha:

Anbaufläche in m²:

Anwendungszeitpunkt

Stadium der Kulturpflanze:

Stadium des Schaderregers:

bzw. ausfüllen.

Alle Felder mit einem * sind unbedingt auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen

smu_ifulg_065
21.05.2012

2.3 Angaben zur Anwendung (erforderlich zur Rückstandsabschätzung)

geplante Anzahl an Behandlungen pro Kultur bzw. je Jahr

geplante Aufwandmenge des Mittels pro Behandlung in Liter bzw. kg/ha

vorgesehene Wasseraufwandmenge in l/ha

Art der Ausbringung (z.B. Spritzen)

vorgesehene Wartezeit in Tagen

2.4 Weitere Angaben

Vorgesehene Verwendung (z.B. Frischware, Trockenware)
Dem Betrieb liegen Kenntnisse vor zur

Wirksamkeit gegen den Schaderreger	ja	nein
Verträglichkeit gegenüber den Kulturpflanzen	ja	nein
Rückstandssituation	ja	nein
Ergebnisse von Rückstandsuntersuchungen sind beigefügt	ja	nein

3. Antrag

Hiermit beantrage(n) ich (wir) die Genehmigung der Anwendung des oben genannten zugelassenen Pflanzenschutzmittels im vorgenannten Anwendungsgebiet gemäß § 22 Abs. 2 PflSchG.

Mir (uns) ist bekannt, dass

- die Genehmigung nur befristet und längstens bis zum Ablauf der Zulassung des betreffenden Pflanzenschutzmittels ausgesprochen werden kann und mit dem Vorbehalt des Widerrufs verbunden ist;
- die Anwendung des beantragten Pflanzenschutzmittels vor Erteilung der Genehmigung nicht zulässig ist und eine Ordnungswidrigkeit darstellt;
- der Anwender das Risiko hinsichtlich Wirksamkeit und Pflanzenverträglichkeit trägt;
- der Antrag im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von der Landesbehörde dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zur Stellungnahme vorgelegt wird;
- die Genehmigung nicht übertragbar ist und
- die Genehmigung gebührenpflichtig ist.

* Bei juristischen Personen als Antragsteller ist eine Auflistung der betroffenen Mitglieder und ihrer jeweiligen Behandlungsfläche in Hektar oder m² erforderlich.

Ort und Datum

Unterschrift des Antragstellers

Stempel des Antragstellers